## GEWERKSCHAFT

POST- u. FERNMELDEBEDIENSTETER Landespensionistenvertreter Franz Poimer Dürerstr. 15, 4030 Linz franz.poimer@aon.at Linz, im Mai 2024



## Gilt ab sofort!

# GPF- Impfzuschüsse auf Gürtelrose (Herpes zoster) erweitert

Für beide Gürtelrose-Teilimpfungen erhalten unsere pensionierten GPF-Mitglieder jeweils 15 Euro (gesamt 30 Euro). Diese Aktion ist zunächst bis 31.12.2024 befristet.

15 Euro GPF-Zuschuss gibt es darüber hinaus noch für folgende Impfungen:

Grippe, Pneumokokken und Zecken (FSME)

Wenn Sie den Kostenbeitrag der GPF in Anspruch nehmen wollen, senden Sie den im Anhang beigefügten Antrag und die Rechnung für die Impfung an unser GPF-Sekretariat, Daniela Stütz, Dürerstr. 15, 4030 Linz oder per E-Mail an daniela.Stuetz@gpf.at.

\_\_\_\_\_

### Zuschüsse von den Krankenversicherungen

#### ⇒ BVAEB

Pneumokokken: Im Rahmen der jährlichen Impfaktion leistet die BVAEB einen Zuschuss von 15 Euro für Personen ab dem 51. Lebensjahr sowie für chronisch Kranke und Immungeschwächte.

### ⇒ BVAEB+ÖGK

**FSME/Zecken:** Die BVAEB leistet zur FSME-Impfung einen Zuschuss von EUR 18,70 je Teilimpfung. ÖGK-Versicherte und deren mitversicherte Angehörige haben Anspruch auf EUR 4,80 pro Person.

**Grippe/Influenza:** Der Impfstoff wird über das Öffentliche Impfprogramm Influenza (ÖIP) gratis zur Verfügung gestellt, für die Impfung gilt ein **Selbstbehalt von EUR 7,00**. Personen mit Rezeptgebührenbefreiung, Bewohner von Alten- u. Pflegeheimen sind vom Selbstbehalt ausgenommen.

Herzliche Grüße und bleibt gesund,

#### LOHNNEBENKOSTEN Kürzung der Lohnnebenkosten verursacht Mindereinnahmen in Milliardenhöhe 2015 2017 2020 2021 2022 2023 2024 2025 0,20 0,31 0,85 1,16 1,33 1,48 1,57 1,83 Angaben in Mrd. € 2,26 2,51 Familienlastenausgleichsfonds 2,83 Unfallversicherung ~16 Mrd. Euro Insolvenz-Entgelt-Fonds entgehen dem Staat, wenn man die Arbeitslosenversicherung durch Sozialbeitragskürzungen verursachten Mindereinnahmen von 2015 bis 2025 berücksichtigt.

## Franz Poimer

Immer wieder gab es Kürzungen der Lohnnebenkosten. Diese haben Löcher in die **Unfallversicherung** sowie in die Töpfe für **Familien** gerissen.

Insgesamt fehlen 2025 bereits 2,8 Milliarden Euro pro Jahr – oder mehr als 16 Milliarden Euro seit 2015.

Springt die Regierung ein, zahlen das die Arbeitnehmer:innen. Sie finanzieren

(mit den Konsument:innen) den allgemeinen Staatshaushalt zu 80%. Springt die Regierung nicht oder nicht zur Gänze ein, drohen Kürzungen der Sozialleistungen.